

Pressemitteilung

DKG-Jahresauftaktpressekonferenz

2026 ist ein Schicksalsjahr für das Gesundheitswesen – DKG fordert Kurswechsel in der Gesundheitspolitik

Berlin, 15. Januar 2026 – Unter dem Titel „Blick ins Jahr 2026 zwischen Spardiktat und Klinikreform“ hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) heute auf einer Pressekonferenz in Berlin die gesundheitspolitischen Herausforderungen und Erwartungen der Krankenhäuser für das Jahr 2026 vorgestellt. DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß und die stellvertretende Vorstandsvorsitzende Prof. Dr. Henriette Neumeyer machten deutlich, dass das kommende Jahr entscheidend für die Zukunft der stationären Versorgung in Deutschland sein wird.

„2026 muss ein Jahr der Entscheidungen werden. Die Bundesregierung darf die Zeit nicht weiter verstreichen lassen. Wir brauchen jetzt tiefgreifende Reformen im Gesundheitswesen, klare Prioritäten und den politischen Mut, unbequeme, aber notwendige Maßnahmen umzusetzen“, erklärte Dr. Gerald Gaß.

Die finanzielle Lage des Gesundheitswesens spitzt sich weiter zu. Bereits ab 2027 erwartet das Bundesministerium für Gesundheit ein Defizit in zweistelliger Milliardenhöhe. Die eingesetzte Finanzkommission Gesundheit soll bis März 2026 erste Vorschläge zur Stabilisierung der Beitragssätze vorlegen. Aus Sicht der DKG ist jedoch klar, dass kurzfristige Sparmaßnahmen allein nicht ausreichen werden.

„Die einfachen Antworten der vergangenen Jahre haben nicht funktioniert. Krankenhäuser pauschal als Kostentreiber darzustellen, ist sachlich falsch und politisch bequem – aber es löst kein einziges Problem“, so Gaß. Ein Blick auf die Entwicklung der GKV-Leistungsausgaben zeige, dass die Ausgaben für Krankenhäuser nicht stärker gestiegen seien als in anderen Leistungsbereichen, insbesondere nicht im Vergleich zur vertragsärztlichen Versorgung.

Die Krankenhäuser stellen sich der notwendigen Strukturreform ausdrücklich. Prof. Dr. Henriette Neumeyer sagte: „Wir wissen, dass Veränderungen notwendig sind, und wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.“ Die Kliniken seien bereit, Versorgungsstrukturen neu zu ordnen und in den kommenden zehn Jahren auf mehrere Hundert Standorte zu verzichten bzw.

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schlonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025

ASSISTENZBÜRO
Martin **Ruhland**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

[Website](#)
[LinkedIn](#)
[Facebook](#)
[TikTok](#)
[Instagram](#)
[Youtube](#)

diese zu sektorübergreifenden Versorgungszentren (SÜV) umzuwandeln. Die Reform könne jedoch nur gelingen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Gaß und Neumeyer betonten, dass weiterhin große Unsicherheit hinsichtlich der Reform herrscht. Trotz eines seit Jahren laufenden Reformprozesses fehlen klare gesetzliche Vorgaben, verlässliche Perspektiven und wirksame Instrumente. Die Krankenhäuser benötigen dringend Planungssicherheit, um notwendige strukturelle Anpassungen vornehmen zu können.

Damit die Reform erfolgreich wird, bedürfe es einer wirksamen und auskömmlichen echten Vorhaltefinanzierung, positiver Anreize für die Ambulantisierung geeigneter Leistungen, den Wegfall kleinteiliger und praxisferner Personalvorgaben sowie funktionierende Rahmenbedingungen für eine sektorenübergreifende Versorgung. „Ohne diese Voraussetzungen droht die Krankenhausreform zu scheitern“, warnte Neumeyer.

Zugleich kritisierte die DKG die einseitige Belastung der Krankenhäuser durch aktuelle Sparmaßnahmen. Ein erstes Sparpaket wird bereits 2026 zu realen Vergütungskürzungen führen. Zwar konnten im Vermittlungsausschuss einzelne Nachbesserungen erreicht werden, und ab 2027 sind keine weiteren Absenkungen vorgesehen, dennoch bleibt die finanzielle Belastung erheblich. Zusätzliche Einnahmen, etwa durch einen erhöhten Rechnungszuschlag, stehen aus Sicht der Krankenhäuser in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kürzungen.

„Die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser ist bereits heute dramatisch. Immer mehr Kliniken geraten in existenzielle Schwierigkeiten, Insolvenzen nehmen zu. Steuert die Politik nicht um, wird sich diese Entwicklung weiter beschleunigen. Für die kommenden Jahre sind keine Besserungen in Sicht, solange die gezahlten Erlöse den geforderten Aufwand bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten nicht refinanzieren“, so Gaß.

Langfristige Analysen und Studien belegen eine strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser, die durch steigende Kosten für Personal, Energie und Sachmittel sowie durch immer neue regulatorische Anforderungen zusätzlich verschärft wird. Die DKG fordert deshalb, Sparanstrengungen nicht einseitig auf die stationäre Versorgung zu konzentrieren.

„Wir werden nicht umhinkommen, auch andere Leistungsbereiche sehr genau in den Blick zu nehmen“, erklärte Gaß. Ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Finanzen wäre aus Sicht der DKG die Verwaltungsausgaben der Krankenkassen für die kommenden Jahre einzufrieren. Zudem sei der Abbau überflüssiger und sehr teurer Kassen- und Verbandsstrukturen seit langem überfällig. „Kassenverbände ohne gesetzliche Aufgaben dürfen nicht länger aus den Sozialversicherungsbeiträgen finanziert werden. Unsinnige Werbemaßnahmen,

fragwürdige Satzungsleistungen und nicht evidenzbasierte Angebote kosten viel Geld, ohne die Versorgung zu verbessern“, so Gaß.

Ein weiteres zentrales Thema der Pressekonferenz war die zunehmende Bürokratisierung des Gesundheitswesens. Die Zahl der Beschäftigten in Aufsichts-, Prüf- und Verwaltungsinstitutionen ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Gleichzeitig nehmen Dokumentations- und Nachweispflichten immer weiter zu. „Ohne massive Entbürokratisierung und Digitalisierung, die Prozesse wirksam verschlanken, ersticken wir in selbst geschaffenen Regeln. Diese Entwicklung bindet Zeit, die wir dringend für die Versorgung der Patientinnen und Patienten brauchen, und sie lähmt Innovation und Fortschritt“, so Neumeyer.

Darüber hinaus forderte die DKG eine grundsätzliche Neuausrichtung der Gesundheitspolitik hin zu mehr Prävention. Deutschland liege bei vermeidbaren Erkrankungen im europäischen Vergleich weit vorne, während Lebenserwartung geringer und Sterblichkeit höher seien als in vielen anderen Ländern. Ursachen wie hoher Alkoholkonsum, Übergewicht, Diabetes und Bewegungsmangel müssten politisch entschlossen angegangen werden. „Ein nachhaltiges Gesundheitswesen beginnt nicht erst im Krankenhaus, im Gegenteil: jeder durch Prävention verhinderte Krankenhausfall ist ein Gewinn. Unser Gesundheitswesen definiert sich heute in erster Linie als Reparaturbetrieb, das muss sich grundlegend ändern. Dem wachsenden Versorgungsbedarf einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir mehr Engagement bei der Krankheitsvermeidung entgegensetzen“, so Gaß.

Abschließend verwies die DKG auf die wachsenden Anforderungen an die Resilienz der Krankenhäuser. Angesichts einer angespannten Sicherheitslage, zunehmender Cyberrisiken und neuer gesetzlicher Vorgaben entstehen erhebliche zusätzliche Investitions- und Betriebskosten. Die DKG fordert deshalb eine nationale Strategie zur Stärkung der Krisenfestigkeit der Krankenhausversorgung, die die politischen Prioritäten bei diesem Thema definiert und darauf aufbauend für eine schnelle Umsetzung sorgt.

„2026 wird ein Schicksalsjahr für die Krankenhäuser. Wir erwarten von der Gesundheitspolitik finanzielle Stabilität, konsequenten Bürokratieabbau, verlässliche Rahmenbedingungen und mutige Reformentscheidungen – im Interesse der Patientinnen und Patienten und einer sicheren Versorgung in Deutschland“, so Gaß.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.